

#NotMyHochschulgesetz

KUNDGEBUNG  
VORM AUDIMAX 13-16 UHR

AKTIONSTAG!  
10.07.2018



#NotMyHochschulgesetz

KUNDGEBUNG  
VORM AUDIMAX 13-16 UHR

AKTIONSTAG!  
10.07.2018



**AKTIONSTAG 10.07.2018 - 13 BIS 16 UHR**



**WER SIND WIR?**

**Wir sind das Protestplenum, ein Zusammenschluss einer Vielzahl von Studierenden und nicht-studentischer Gruppen der RUB.**

**GEGEN ANWESENHEITSPFLICHT!**

**GEGEN STUDIENVERLAUFVEREINBARUNGEN!**

**FÜR DEN SCHUTZ DER SHKS!**

**FÜR MEHR STUDENTISCHE MITBESTIMMUNG!**

**[www.notMyHochschulgesetz.de](http://www.notMyHochschulgesetz.de)**

»Inmitten des Referentenentwurfs liegen vereinzelt positive Eindrücke.«

Albert Einstein, Physiker

POSITIVE EINDRÜCKE  
AUS DEM REFERENTENENTWURF

»Die Grundordnung kann bestimmen, dass das Verkündungsblatt zusätzlich oder ausschließlich in Gestalt einer elektronischen Ausgabe erscheint (...).«

» § 63a Anerkennung von Prüfungsleistungen und Studienabschlüssen  
Das Vorliegen eines wesentlichen Unterschiedes muss von der Hochschule ausweislich Absatz 2 Satz 2 dargestellt werden. [Amtliche Begründung]«

### „FÜR“ NICHT-EU-AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE

Die Hochschulgesetznovelle lässt sich nicht getrennt vom Thema Studiengebühren diskutieren. Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen passen nicht zu weltweiten und innovativen Hochschulen.

Diese sind auf internationalen Austausch angewiesen. Studiengebühren passen nicht zu diesem Leitbild. Der Widerstand gegen diese Form der Studiengebühren wächst. Zuletzt haben die Senate der Universität Köln, Münster, Bielefeld, der Sporthochschule Köln, der HS Düsseldorf sowie die Studierendenwerke Köln und Münster sich gegen die Gebühren ausgesprochen.

Das Baden-Württemberg Modell, auf welches sich im Koalitionsvertrag berufen wird, führt zu einer Entinternationalisierung der Hochschullandschaft.

### UBER DIE KAMPAGNE

Mach mit und werde aktiv gegen die Pläne der Landesregierung zur Novelle des Hochschulgesetzes. Wir sagen: #NotMyHochschulgesetz! — Freiheit? Aber für wen!\*, Du willst mitmachen?

- Werde Unterstützer\*in
- Teile die Kampagnen-Botschaft mit dem Hashtag #NotMyHochschulgesetz
- Informiere dich auf über die Kampagne: [notmyhochschulgesetz.de](http://notmyhochschulgesetz.de)

### #NotMyHochschulgesetz

Fragen? Meinungen? Anregungen?  
Wende dich per E-Mail an [koordination@LATNRW.de](mailto:koordination@LATNRW.de) oder kontaktiere deinen ASTA!



Das Landes-Asten-Treffen NRW (LAT NRW) ist der freiwillige Zusammenschluss der ASTen bzw. hochschulweiten Studierendenvertretungen und damit eine demokratisch legitimierte, landesweite Interessenvertretung der Studie-



Koordinaten (V.i.S.d.P.): Katrin Lügging  
Universitätstraße 150, 44801 Bochum  
koordination@lat.nrw.de



»Alle Studierenden streben von Natur aus nach Wissen und einem gerechten Hochschulgesetz.«

Aristoteles, Philosoph

FREIHEIT – ABER FÜR WEN?  
Was die Pläne zum neuen Hochschulgesetz für die Studierenden bedeuten  
#NotMyHochschulgesetz

### DER REFERENTENTWURF ZUM NEUEN HOCHSCHULGESETZ IN NRW

Die Landesregierung stellte im Februar 2018 ein Eckpunktepapier zum neuen Hochschulgesetz vor. Mitte Mai folgte der Referententwurf, welcher als Grundlage für die Gesetzgebung dient.

Die Stellungnahme des LAT findest du unter:  
[notmyhochschulgesetz.de](http://notmyhochschulgesetz.de)

### ANWESENHEITSPFLICHTEN

»Eine verpflichtende Teilnahme der Studierenden an Lehrveranstaltungen darf als Teilnahmevoraussetzung für Prüfungsleistungen nicht gerechnet werden.«

**Aber:** Die Anwesenheit in Lehrveranstaltungen ist oft Garant für Erfolg im Studium. Doch meistens gehen diese zu Lasten Studierender mit besonderen Belastungen – Erkrankung, Nebenjobs, chronische Erkrankungen... Zudem wird das Resultat mangelhafter Qualität in der Lehre auf die Studierenden gewälzt.

### SHK RÄTE

»Die Grundordnung kann vorsehen, dass die Studierenden oder der Senat die Studierenden bestimmen durch Wahl auf der Grundlage eines Vorschlags der Studierendenschaft eine Stelle wählt.«

**Aber:** Anstelle der Stärkung der Interessenvertretung von SHKs durch den Personalrat will die Landesregierung auch die kleinsten Ansätze von Mitbestimmung abschaffen. SHKs sind Arbeitnehmer\*innen und sollten auch als solche geschützt sein und ihre Interessen artikulieren! Evaluierung und Weiterentwicklung statt Abschaffung!

»Optional

### STUDIENVERLAUFVEREINBARUNGEN

»Die Hochschule kann in der Einschreibungsordnung bestimmen, dass die Studierenden spätestens bis zum Ende des zweiten Semesters des von Ihnen studierten Studienganges eine Fachstudienberatung besuchen müssen.«

**Aber:** Statt der Qualität des Studiums wird mit diesem bürokratischen Mehraufwand der Druck auf die Studierenden erhöht, wodurch die Zahl der Studienabbrüche eher steigen, als sinken würde. Statt Restriktionen sollten freiwillige Beratungsangebote zur Förderung der Studierenden ausgebaut werden. Zwangsexmatrikulationen als Resultat dieser Verlaufsvereinbarungen lehnen wir ab! »Optional

**Kopfkies:** Nach der Hälfte des Studiums brauchen die Studierenden 1/3 der CPs. Im Entwurf ist dazu ein sehr genaues Modell vorgeschlagen. Konkret heißt es auch, dass Studierende einfach zu Prüfungen angemeldet werden können, kommt eine Studienverlaufsvereinbarung nicht zustande.

### STUDIENBEIRÄTE

»Die Änderung räumt der Hochschule die Freiheit ein, über die an allen Fachbereichen eingerichteten Studienbeiräte künftig selbst zu entscheiden. Dies stärkt die Hochschulautonomie.« [Amtliche Begründung]

**Aber:** Mitbestimmungsrechte von Studierenden - bloße Bürokratie? Wohl kaum. Studienbeiräte sollten vielmehr in ihrer Arbeit gefördert werden um studentische Mitsprache voranzubringen. »Optional

»Ich möchte meiner Studierendenschaft ein Geschenk machen, Isabel. Ich möchte das Element Mitbestimmung nennen!«

### ONLINE-SELF-ASSESSMENTS

»Die Änderung ergänzt das schon bestehende Testverfahren nun ausdrücklich um das Online-Self-Assessment.« [Amtliche Begründung]

**Aber:** Self-Assessments sollen die Studienabbrucher\*innenquoten senken. Sollen diese Onlinetests künftig Beratungen, Studieneingangsphasen oder Vorkurse ersetzen? Können unsere Hochschulen etwa nicht selbst ein realistisches Bild davon vermitteln, was die Spezifika der jeweiligen Studiengänge sind? Und überhaupt – warum reicht die Lehre im Studium selbst nicht mehr aus, um Inhalte zu vermitteln? »Optional

### VIERTELPARITÄT IM SENAT

»Der Grundsatz der Gruppenparität kann mit Blick auf die Wissenschaftsfreiheit nicht als gesetzliches Regelmodell der Satzungsverfassung dienen.« [Amtliche Begründung]

**Aber:** Die gleiche Stimmgewichtung für alle Statusgruppen im Senat – Professor\*innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, Mitarbeiter\*innen in Technik und Verwaltung und Studierender ist ein wichtiger Beitrag zum Dialog auf Augenhöhe in der Universität. Wer die politische Rückendeckung hierfür aufgibt, schwächt die inneruniversitäre Demokratie. »Optional

### ZIVILKLAUSEL / FRIEDENSKLAUSEL

»Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen zivilen Verpflichtungen und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach.«

**Aber:** Die Etablierung von sogenannten Friedensklausel soll sicherstellen, dass Hochschulen frei von Aufträgen aus der Rüstungsindustrie forschen. Eine Verpflichtung zu Frieden ist niemals überflüssige Bürokratie, sondern ein wertvoller Beitrag zum Gemeinwesen. Hochschulen können dennoch bei Regelungen in den Grundordnungen bleiben. »Optional

### RAHMENKODEX GUTE BESCHÄFTIGUNGSBEDINGUNGEN

»Das Ministerium kann für Regelungen, die allgemein für Hochschulen in der Trägerschaft des Landes und nicht nur für den Einzelfall gelten (Maßnahmen vorab) im Benehmen mit diesen Hochschulen treffen.«

**Aber:** Die Landesregierung will sich aus der Verantwortung für gute Beschäftigungsbedingungen offiziell zurückziehen. Anstatt ein bewährtes Instrument weiterzuentwickeln, werden die Bemühungen um bessere Arbeitsbedingungen eingefroren - wenn nicht gar zurückgeworfen.

### HOCHSCHULRAT

Reformance wird hier verpasst!

Der Hochschulrat als Institution trägt nicht zur Stärkung der demokratischen Verfasstheit der Hochschulen bei. Seine Abschaffung wäre konsequent und böte die Möglichkeit, Steuerungsfragen wieder in die demokratischen Gremien der akad. Selbstverwaltung zurückzuholen.

